

NEUTRAL, SCHNELL & EINFACH

Über Abstimmungen
& Wahlen informiert!

Abstimmung am:

10.06.2018





In einem Vollgeld-System könnten Geschäftsbanken nicht mehr selber Buchgeld schaffen. Nur noch die Schweizerische Nationalbank könnte somit Geld schöpfen. Dieses würde direkt an Bund, Kantone und die Bevölkerung ausbezahlt werden.

Die Initianten wollen, dass in der Schweiz ein Vollgeld-System eingeführt wird.

Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!
(Vollgeld-Initiative)



CH

Vollgeld soll ein stabileres Finanzsystem gewährleisten, indem die SNB die Geldmenge/Kreditvergabe direkt steuern kann.

Der Finanzsektor wird krisensicherer, insolvente Banken müssen nicht vom Staat gerettet werden und die Guthaben auf Zahlungsverkehrskonten sind gesichert.

Geldschöpfungsgewinne der SNB gehen an den Bund, die Kantone und die Bürger. So können Steuern gespart und Schulden beglichen werden.

Die VGI ist ein riskantes Experiment. Die Folgen auf das Schweizer Finanzsystem und die Wirtschaft sind nicht vorhersehbar.

Die SNB könnte ihre Aufgaben nicht mehr zur Genüge erfüllen. Sie würde zudem unter politischen Druck geraten.

Ein Vollgeld-System kann nicht alle Versprechen der Initianten halten. Vermögensblasen können beispielsweise auch unter Vollgeld entstehen und Spareinlagen werden nicht sicherer als jetzt.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

Nationalbank (SNB)

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist die Zentralbank (oder auch Notenbank) der Schweiz. Ihr verfassungsrechtlicher Auftrag ist, die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes zu führen. In ihrer Form als öffentlichrechtliche Anstalt untersteht sie der Aufsicht des Bundes, ist aber dennoch unabhängig.

Als Zentralbank verfügt die SNB über das Banknoten-Monopol, d.h. einzig und allein die SNB ist berechtigt Schweizer Franken Banknoten zu drucken und herauszugeben. Münzen kann die SNB weder prägen noch herausgeben. Diese Kompetenz liegt beim Bund.

Durch die Steuerung der Geldmenge kann die SNB starken Einfluss auf die Zinsen und Wechselkurse des Schweizer Francs und somit auf die Wirtschaft nehmen. Wichtigstes Ziel der SNB ist dabei die Preisstabilität (d.h. Inflation und Deflation vermeiden), sie berücksichtigt im Rahmen ihrer Entscheidungen aber auch die Konjunktur.



Mehr Infos auf [vimentis.ch](https://www.vimentis.ch)
Erfahren Sie alles über Abstimmungen,
Meinungen und andere politische Themen,
unabhängig, schnell und einfach.



Das Bundesgesetz über Geldspiele und andere betroffene Gesetzestexte werden angepasst. Das neue Gesetz soll die Spielerinnen und Spieler besser schützen. Es sollen auch im Internet nur noch in der Schweiz bewilligte Spiele zugelassen werden. Dies soll mit Zugangssperren für ausländische Anbieter sichergestellt werden. Auch fallen Gewinnsteuern auf Gewinne von weniger als einer Million weg.

Die Erneuerung des Geldspielgesetzes um der Digitalisierung gerecht zu werden und die Verfassungsänderung vom 11. März 2012 umzusetzen.

Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz)



CH

Die **Spelerinnen** und Spieler sollen besser geschützt werden.

Schweizer Geldspielanbieter leisten einen Beitrag zur AHV/IV und gemeinnützigen Organisationen welche mit dem Gesetz gesichert werden.

Geldspiele welche keine Schweizer Bewilligung haben, sollen auch im Internet nicht durchgeführt werden können.

Schweizer Anbieter erhalten eine Monopolstellung im Schweizer Markt.

Die **vorgeschlagenen** Zugangssperren könnten später auch bei anderen Internetangeboten eingesetzt werden.

Das **neue** Gesetz beinhaltet keine effektive Prävention von Spielsucht und macht Geldspiele gar attraktiver.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

→ **Begriffs-
-erklärung**

Zugangssperre

Eine virtuelle Zugangssperre soll sicherstellen, dass nur in der Schweiz bewilligte Geldspiele im Internet angeboten werden. Bei Unzulässigkeit des Spiels wird der Anbieter informiert und zu einer eigenständigen Sperrung der Seite aufgefordert. Erfolgt dies nicht, wird die Seite gesperrt. Für den Spieler bedeutet das, dass er auf eine Seite weitergeleitet wird, welche ihn über die Unzulässigkeit des Spiels informiert. Die Seite kann zwar umgangen werden, sollte aber eine abschreckende Wirkung haben.



Mehr Infos auf vimentis.ch
Erfahren Sie alles über Abstimmungen,
Meinungen und andere politische Themen,
unabhängig, schnell und einfach.



Für die Ausbildung zu einem „Medical Master“ arbeiten das St. Galler Kantonsspital und die Universität St. Gallen zusammen und gehen eine Kooperation mit der Universität Zürich ein. Geplant ist ein gemeinsamer Abschluss, der mit einem Bachelor-Studium in Zürich beginnt und mit dem Master-Lehrgang in St. Gallen abgeschlossen wird. Die ersten Studierenden sollen ab 2020 in St. Gallen mit dem Master beginnen können. Dies wird Mehrausgaben für den Kanton mit sich bringen, die dem obligatorischen Finanzreferendum unterstehen.

Der Joint Medical Master soll in erster Linie einen Teil dazu beitragen, die Anzahl Abschlüsse in Humanmedizin in der Schweiz und besonders in der Ostschweiz zu erhöhen.

VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St. Gallen (Joint Medical Master in St. Gallen)



SG

Das Geschäft «VI. Nachtrag zum Gesetz über die Universität St.Gallen (Joint Medical Master in St.Gallen)» wurde vom Kantonsrat in der Session vom 20.02.2018 mit 114 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme oder Enthaltung gutgeheissen (sechs Abwesenheiten).

Aufgrund der breiten Akzeptanz des Geschäfts (siehe «Argumente dafür») gibt es keinerlei Gegenargumente.



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Dafür

Dagegen

2014 ist die Pensionskasse der Staatsangestellten und Lehrkräfte des Kantons St. Gallen verselbständigt worden. Mit dem Wegfall der Staatsgarantie hat diese aufgrund aktuell tiefer Zinsen zu wenig Reserven. Mit einer Einmaleinlage von 128 Millionen Franken des Kantons und einer Beteiligung der Kantonsangestellten soll dies korrigiert werden.



Die Pensionskasse der Staatsangestellten und Lehrkräfte des Kantons St. Gallen soll mit einer Einmaleinlage von 128 Millionen Franken gestützt werden.

Kantonsratsbeschluss über eine Einmaleinlage in die St. Galler Pensionskasse



Weitere Infos auf www.vimentis.ch

Es besteht eine moralische Verpflichtung, da der Kanton bei der Verselbständigung der Pensionskasse den Fehler gemacht hat, den Finanzierungsbedarf zu optimistisch einzuschätzen.

Die Zahlung zeigt die Wertschätzung gegenüber den Staatsangestellten.

Die 128 Millionen Franken sind zu wenig um die Reserven genügend aufzustocken. Es bräuchte rund 200 Millionen Franken.

Die Bevölkerung soll nicht mit Steuergeldern die Renten der Staatsangestellten finanzieren müssen.



SG

Dafür

Dagegen

Über Vimentis

Vimentis.ch ist die grösste Politikplattform der Schweiz. Über 60 Studierende setzen sich ehrenamtlich für bessere Entscheide in der Schweizer Politik ein.

Wen wähle ich in den Nationalrat?

Vimentis – Einfach Wählen findet in wenigen Minuten die Kandidierenden, welche Ihrer politischen Meinung am nächsten sind.

Wie stimme ich ab?

Zu allen nationalen und vielen kantonalen Abstimmungen schreibt Vimentis neutrale Zusammenfassungen, um in nur 60 Sekunden abstimmen zu können!

Was finde ich sonst noch auf Vimentis?

Interessierte Leser/-innen finden detaillierte Hintergrundtexte zu Abstimmungen und anderen politischen Themen.

**Weitere Infos auf
vimentis.ch**

